



Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die

*Die politische Lage in Deutschland*  
**100 Tage Große Koalition**  
**Deutschlands Zukunft gestalten**

Im Allgemeinen gilt die Gepflogenheit, neuen Amtsinhabern 100 Tage als Einarbeitungsfrist einzuräumen, bevor man deren Arbeit beurteilt. Seit Ende März ist die Große Koalition nun 100 Tage im Amt. Zeit für ein erstes Zwischenfazit. Ohne unbescheiden sein zu wollen, lässt sich feststellen, dass die von Angela Merkel geführte Bundesregierung erfolgreich und zum Wohle der Menschen arbeitet. Wir sollten uns deshalb nicht kleiner machen als wir sind, aber auch nicht größer. Sicher, die Union hat bei der Bundestagswahl ein hervorragendes Ergebnis eingefahren. Die Menschen in Deutschland haben großen Wert darauf gelegt, uns zu stärken. Und doch haben sie uns keine absolute Mehrheit gegeben. Nur die SPD hatte den Mut, mit uns eine gemeinsame Regierung zu bilden. In vollem Bewusstsein, wie schwer eine Zusammenarbeit zweier Volksparteien zu gestalten ist, haben wir uns aus Verantwortung für unser Land auf die Bildung einer weiteren Großen Koalition eingelassen. Im Vordergrund stand für uns dabei die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und des wirtschaftlichen Erfolgs unseres Landes.

Inzwischen zeigt sich, dass wir uns bei vielen wichtigen Punkten durchgesetzt haben. Es gibt keine Steuererhöhungen, weder auf Einkommen noch auf Vermögen oder Erbschaften. Wir haben durchgesetzt, dass die Bundesregierung erstmals seit 1969 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorlegen kann. Wir haben gleichzeitig durchgesetzt, dass Deutschland Impulse in Bildung und Forschung, aber auch für die soziale Gerechtigkeit, setzen kann. Der Beschluss des CDU-Parteitag, die Rente auch für die Eltern zu erhöhen, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, wird endlich Wirklichkeit. Mit der nun gefundenen Regelung zur doppelten Staatsangehörigkeit stellen wir sicher, dass die deutsche Staatsangehörigkeit nicht verschenkt wird. Wir haben dafür Sorge getragen, dass Deutschland unsere besonnene und erfolgreiche Europapolitik fortsetzen kann – es wird keine Eurobonds geben, keine Vergemeinschaftung von Schulden. Wir stehen für Solidarität in Europa, sind aber weiterhin gegen Leistungen ohne Gegenleistungen. Deutschland übernimmt weiter und noch entschlossener seine außenpolitische Verantwortung – in Europa, gegenüber Russland, aber auch in Afrika. Unserer Bundeskanzlerin kommt ein großer internationaler Respekt zu, sie nutzt ihre herausgehobene Position, um Frieden und Sicherheit zu wahren.

Natürlich enthält der Koalitionsvertrag auch Kompromisse, die für beide Seiten große Herausforderungen darstellen. Gleichwohl ist dieser Vertrag, dessen vernünftige Umsetzung wir sicherstellen, eine gute Grundlage für unser Land. Wir sind zuversichtlich, dass wir in noch strittigen Fragen zu einer gemeinsamen Lesart kommen werden – wie bei den Ausnahmen zum Mindestlohn, bei der praktischen Ausgestaltung der Bedingungen einer abschlagsfreien Rente nach 45 Jahren, oder etwa mit Blick auf die der sogenannten Mietpreisbremse.

Das Bundeskabinett hat dem Gesetzentwurf zum Mindestlohn am vergangenen Mittwoch zugestimmt. Damit kann der Gesetzgebungsprozess beginnen. Wir begrüßen die generelle Zielsetzung des Gesetzes. Mehr Fairness im Job, das

Verhindern von sozialen Schieflagen am Arbeitsplatz und die Stärkung von Tarifpartnerschaft und Tarifautonomie – gleich drei zentrale Ziele setzt die Koalition mit diesem Gesetz um. Die Tarifautonomie bleibt unverzichtbar. Dazu zählt auch, dass staatliche Regelungen und Eingriffe in diese Tarifautonomie keine Jobs gefährden oder zu anderen Fehlanreizen führen dürfen. Junge Menschen dürfen durch den Mindestlohn nicht verleitet werden, eine gute Berufsausbildung wegen der Aussicht auf schnell verdientes Geld in Aushilfsjobs auszuschlagen. Die gesetzliche Regelung soll die Tarifpartnerschaft ergänzen und stützen – und zwar in den Bereichen, in denen die Tarifpartner ihrer Rolle nicht nachkommen können oder wollen.

Die Familienarbeit für vor 1992 geborene Kinder als Beitrag zum Bestand der Rentenversicherung wird in verbesserter Weise anerkannt. Vor allem Mütter erhalten einen zusätzlichen Rentenpunkt. Die Ausweitung der Mütterrente, die zum 1. Juli 2014 wirksam wird, wengleich die Auszahlung aus verwaltungstechnischen Gründen erst später erfolgt, unterstreicht die zentrale Rolle der Familie für den Generationenvertrag. Zur Flankierung der Rente mit 67 wird im Bereich der Renten wegen Erwerbsminderung auf die Anhebung der Altersgrenzen reagiert. Diese werden an die Erhöhung der Altersgrenzen angepasst und das Absicherungsniveau von Erwerbsminderungsrentnern verbessert. Zur Wiederherstellung von Gesundheit und Leistungskraft der Arbeitnehmer wird Vorsorge dafür getroffen, dass ausreichend Finanzmittel für die berufliche und medizinische Rehabilitation zur Verfügung stehen. Arbeitnehmer, die besonders lange gearbeitet haben, sollen die Möglichkeit bekommen, mit 63 Jahren und nach 45 Beitragsjahren ohne Abschläge in Rente gehen zu können. Dies darf aber nicht missbraucht werden, um eine Welle von Frühverrentungen zu ermöglichen. Deshalb muss es in den parlamentarischen Beratungen an dieser Stelle noch zu Veränderungen am Gesetzentwurf kommen. Qualifizierte Mitarbeiter sind für ein rohstoffarmes Land wie Deutschland ein Schlüsselfaktor für das wirtschaftliche Leistungsvermögen. Wir wollen deshalb anerkennen, dass Menschen auch ein Interesse daran haben können, länger erwerbstätig zu sein. Wenn der Arbeitsmarkt mitspielt – und davon ist wegen des Fachkräftemangels auszugehen – wäre die Beseitigung der Hindernisse zur Flexibilisierung des Renteneintritts der beste Lösungsansatz für die anstehenden Herausforderungen.

Wir haben die Spielräume erwirtschaftet, die wir jetzt einsetzen. Die Situation der Rentenversicherung hat sich ausgesprochen gut entwickelt, die Beitragsentwicklung ist günstiger als gedacht. Wir haben den niedrigsten Rentenbeitragssatz seit 1995. Der Rentenversicherungsbericht im Jahr 2009 hatte für 2014 noch einen Beitragssatz von 19,9 Prozent erwartet. Tatsächlich liegt er jetzt bei 18,9 Prozent. Und der Bund wird seiner finanziellen Verantwortung der Rentenversicherung gegenüber gerecht. Es kommt ab dem Jahr 2019 zu einem höheren Bundeszuschuss. Die Rentenversicherung steht auf solider Finanzbasis. Ihre Fundamente sind dank guter Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt gefestigt. Und wir tun alles, damit das so bleibt und die Wachstums- und Beschäftigungsdynamik weiterhin fördern.

# Die Woche im Parlament

## **Gesetz über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz).**

In 1. Lesung haben wir die Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung beraten und bringen so eines unserer zentralen Wahlversprechen - die Verbesserungen bei der Mütterrente - auf den Weg.

## **Gesetz zur Durchführung der Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik - Direktzahlungen-Durchführungsgesetz (DirektZahlDurchfG).**

Wir haben in 1. Lesung einen Gesetzentwurf beraten, der eine Vereinbarung von Bund und Ländern zur Umsetzung der neuen Förderperiode in der Gemeinsamen Agrarpolitik für die Jahre 2014-2020 umsetzt. So sollen 4,5 Prozent der Mittel von der sog. 1. Säule, den Direktzahlungen an Landwirte, auf die 2. Säule, die Förderung des ländlichen Raums, umgeschichtet werden. Bis 2019 führen wir schrittweise eine bundeseinheitliche Basisprämie und einen bundeseinheitlichen Zuschlag für die ersten 46 Hektar je Betrieb ein. Außerdem regeln wir das so genannte Greening, auch in Bezug auf Maßnahmen zum Schutz von Dauergrünland.

**Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Ausbildungsmission EUTM Somalia auf Grundlage des Ersuchens der somalischen Regierung mit Schreiben vom 27. November 2012 und 11. Januar 2013 sowie der Beschlüsse des Rates der Europäischen Union 2010/96-GASP vom 15. Februar 2010 und 2013/44-GASP vom 22. Januar 2013 in Verbindung mit der Resolution 1872 (2009) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen.** Bis Dezember 2013 war die Bundeswehr an der EU-mandatierten Ausbildung der somalischen Streitkräfte in Uganda beteiligt. Die zwischenzeitliche Verlagerung nach Mogadischu hatte zu einer Aussetzung der deutschen Beteiligung geführt. Die Ausbildung findet jetzt in einer besonders geschützten Zone am Flughafen von Mogadischu statt. Die Bundesregierung hat beantragt, bis zu 20 Soldaten entsenden zu können. Da Deutschland mit dieser Beteiligung einen wichtigen Beitrag zu Stabilität und Sicherheit in Afrika leisten kann, haben wir der Entscheidung in namentlicher Abstimmung zugestimmt.

**Änderung der Geschäftsordnung zur besonderen Anwendung der Minderheitenrechte in der 18. Wahlperiode.** Grüne und Linke haben die Bundestagswahl klar verloren. Sie erhalten als Oppositionsfractionen dennoch wesentlich mehr Rechte als ihnen die Wähler zugestanden haben. Mit Blick auf die vorgesehene Redezeit verfügen Grüne und Linke jetzt sogar über die weitreichendsten Redeanteile, die kleinere Oppositionsfractionen je hatten. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, haben wir für die Dauer dieser Wahlperiode die parlamentarischen Möglichkeiten der Oppositionsfractionen ausgeweitet. So werden sie künftig gemeinsam jene Rechte wahrnehmen können, die in Zeiten nicht großer Koalitionen in der Regel ein Quorum von 25 Prozent erfordern. Darüber hinaus wollen wir den Oppositionszuschlag von 10 auf 15 Prozent erhöhen. Mit dem Beschluss wird sichergestellt, dass die Oppositionsfractionen ihre Rolle effektiv wahrnehmen könnten. Auch die Minderheitsquoren, z.B. für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses und einer Enquete-Kommission, werden so geändert, dass ein Antrag von 120 Mitgliedern des Bundestages ausreicht. Die Empfehlung ist am Donnerstag vom Bundestag endgültig beschlossen werden. Sogar die Bündnisgrünen haben ihre Zustimmung erteilt.

**Erstes Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (Branche: Fleischindustrie).** Gerade die Arbeitsbedingungen in der fleischverarbeitenden Industrie gelten wegen der hier nur eingeschränkt herrschenden Tarifstruktur oft als unangemessen. Mit dem in erster Beratung vorgelegten Gesetzentwurf greifen wir dies insbesondere auch mit Blick auf die aus dem Ausland entsandten Arbeitnehmer auf. Der im Januar 2014 vereinbarte bundeseinheitliche Tarifvertrag für die Fleischindustrie, der einen Mindestlohn für alle Mitarbeiter in dieser Branche festschreibt, soll auch für entsandte ausländische Arbeitnehmer greifen. Wir nehmen die Branche deshalb in den Branchenkatlog des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf.

**Tätigkeitsbericht 2012/2013 der Bundesnetzagentur - Telekommunikation mit Sondergutachten der Monopolkommission - Telekommunikation 2013: Vielfalt auf den**

**Märkten erhalten.** Die Bundesnetzagentur stellt in ihrem Tätigkeitsbericht zur Entwicklung der Telekommunikationsinfrastruktur fest, dass Bürger und Wirtschaft in Deutschland mittlerweile von einer Vielfalt an Angeboten und von Dienstleistungen zu attraktiven Preisen profitieren. Seit der Liberalisierung der Festnetz- und Mobilfunkinfrastruktur wurden hier mehr als 110 Mrd. Euro investiert, im Durchschnitt 7 Mrd. Euro pro Jahr. Ergänzt wird der Bericht durch ein Sondergutachten der Monopolkommission nach § 121 Abs. 2 des Telekommunikationsgesetzes, das sich in weiten Teilen mit der Bewertung der Lage durch die Bundesnetzagentur deckt.

**Erinnerung und Gedenken an die Opfer des Völkermordes in Ruanda 1994.** Unermessliches Leid haben sich die Menschen in Ruanda vor zwanzig Jahren gegenseitig zugefügt. Mit unserem Antrag, dem sich auch die Fraktion der Grünen angeschlossen hat, erinnern wir an diesen Völkermord in dem afrikanischen Land.

**Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am maritimen Begleitschutz bei der Hydrolyse syrischer Chemiewaffen an Bord der Cape Ray im Rahmen der gemeinsamen VN-OVCW-Mission zur Vernichtung der syrischen Chemiewaffen.** Wir haben einen Antrag der Bundesregierung beraten, nach dem bei der Vernichtung der syrischen Chemiewaffen anfallende Reststoffe nach Deutschland transportiert und dort entsorgt werden sollen.

## Daten und Fakten

**Den Deutschen geht es gut.** Einem neuen OECD-Bericht zufolge geht es den Deutschen im internationalen Vergleich gut. Die Langzeitarbeitslosigkeit ging zwischen 2007 und 2013, also über den Zeitraum der Wirtschafts- und Finanzkrise hinweg, um 11,4% zurück. Das ist der stärkste Rückgang im OECD-Raum. Auch die Zahl der Erwachsenen, die in Erwerbslosenhaushalten leben, ist von ca. 13% im Jahr 2007 auf ca. 11% im Jahr 2010 gefallen. In allen anderen Industrieländern - mit Ausnahme von Luxemburg, den Niederlanden und der Türkei - stieg diese Zahl oder blieb konstant. Das verfügbare Jahreseinkommen der deutschen Haushalte stieg im selben Zeitraum jährlich um 2% (im OECD-Durchschnitt sank es um 0,5%). Die positive Entwicklung ist nicht nur objektiv messbar, sondern zeigt sich auch in der Lebenszufriedenheit: Auf einer Skala von 0 bis 10 wurde sie 2012 bei uns im Land mit 6,7 Punkten bewertet (2007: 6,4). Damit gehört Deutschland zur optimistischen Hälfte der Industrieländer.

(Quelle: OECD, Society at a Glance 2014)

**Öffentliche Schulden gehen zurück.** Ende 2013 waren Bund, Länder und Kommunen in Deutschland mit 2.043,7 Mrd. Euro verschuldet. Das sind 28 Mrd. (1,4%) weniger als Ende 2012. Die Schulden des Bundes sanken um 0,6% auf rund 1.281 Mrd. Euro. Bei den Ländern gab es einen Rückgang um 3,1% auf 628,7 Mrd. Euro. Die Verschuldung der Kommunen blieb mit 133,6 Mrd. Euro nahezu unverändert, obwohl die Kommunen in den Ländern Hessen und Niedersachsen durch Entschuldungsfonds entlastet wurden. Auf Bundes- und Länderebene geht der Rückgang vor allem auf den Portfolioabbau der Bad Banks (FMS Wertemanagement und „Erste Abwicklungsanstalt“, EAA) zurück, die dadurch ihre Bilanzsumme und ihren Schuldenstand reduzieren konnten.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

**CDU/CSU** Fraktion im Deutschen Bundestag  
Landesgruppe Niedersachsen

### **Vorsitzender:**

Enak Ferlemann MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 - 227 79498

Fax: 030 - 227 70139

Email: [stefan.krueppel@cducsu.de](mailto:stefan.krueppel@cducsu.de)

Internet: [www.lg-nds.de](http://www.lg-nds.de)